

3. Konventssitzung am 22.01.2024

Raum: H24

Start: 16.00 Uhr

Ende: 20:02 Uhr

I. Begrüßung und Formalia

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
Es wurde ordnungsgemäß geladen. Der Konvent ist beschlussfähig.
2. Bestimmung der Protokollant*innen
3. Beschluss der Tagesordnung (einstimmig angenommen)
4. Abstimmung über das Protokoll der zweiten Konventssitzung (einstimmig angenommen)

II. Wahlen

1. Wahl der 2 Vertreter*innen für den Zukunftsrat Nachhaltigkeit

Kandidaten:

- Klara Röhrs
- Barnabas Szelekovszky
- Moritz Stienen

<i>Abgegebene Stimmen:</i>	24
<i>Davon gültig:</i>	18
<i>Ungültig:</i>	6
Klara Röhrs	17
Barnabas Szelekovszky	12
Moritz Stienen	4

2. Mögliche Wahl von Ersatzvertreter*innen

- Leonard Hofmeister
- Tim Oberding
- Moritz Stienen

Verfahrensvorschlag von Madeleine Schneider: Wahl von ein bis drei Kandidaten. Rangfolge nach Stimmenzahl; keine Häufelung von Stimmen; um gewählt zu werden, müsste das Quorum erreicht werden.

Verfahrensvorschlag von Simon Heimerl: Es werden zwei gleichrangige Vertreter*innen gewählt. Gewählt sind die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen.

Abstimmung über Verfahrensvorschlag: Vorschlag von Simon Heimerl angenommen

<i>Abgegebene Stimmen</i>	24
<i>Gültig</i>	24
<i>Ungültig</i>	/

Leonard Hofmeister	17
Tim Oberding	21
Moritz Stienen	2

III. Bericht und Verlängerung des AK Geschäftsordnung (Simon Heimerl)

- zwei offizielle Sitzungen, ein inoffizielles Meeting über Zoom.
- Unterteilung der Geschäftsordnung in sieben Abschnitte, davon fünf bereits geschrieben, zwei ausstehend
- gute Zusammenarbeit mit fruchtbaren Erkenntnissen, gute juristische Beratung aus der FS Jura und den Fraktionsmitgliedern
- Bitte von Simon Heimerl um Verlängerung des AKs bis zum 30.09.2024
- Verlängerungsantrag wurde einstimmig angenommen. Der AK wurde damit bis 30.09.2024 verlängert.

IV. Anträge

1. Antrag studentischer Gemeinschaftsraum (LSB)

- Einbringung: Carolin Haas (vgl. Antragstext)
- Anmerkung: Unileitung hatte die Einrichtung eines Think Tanks zum Thema Campusgestaltung angekündigt (Juli '23), bisher ist dies nicht geschehen. Der Antrag ist als initiativer Vorstoß in diese Richtung zu sehen.
- Finanzierung v.a. der Einrichtung noch nicht bedacht, erst Schritte über den offiziellen Weg.
- Tobias Lang: Handschriften-Lesesaal soll dreigeteilt werden, ein Drittel soll von Studierenden mitgestaltet werden → diese Projekt ist entsprechend finanziell untermauert (wohl niedriger fünfstelliger Betrag); Tobias hat am Mittwoch einen Termin zur Besichtigung der Räumlichkeiten und würde Fotos weitergeben
- Simon Schachtl: Anmerkung, dass die Annahme des Antrags in der aktuellen Form keine in dieser Sitzung stattfindenden Wahl implizieren würde
- Änderungsantrag durch Antragsstellende: Kommission aus vier Studierenden soll in dieser Sitzung gewählt werden → durch LSB direkt angenommen
- Vorschläge
 - Tobias Lang
 - Barnabas Szelekovszky
 - Sabrina Thomas
 - Caspar Heusinger

<i>Abgegebene Stimmen</i>	24
<i>Gültig</i>	23
<i>Ungültig</i>	1
Tobias Lang	23
Barnabas Szelekovszky	20
Sabrina Thomas	20
Caspar Heusinger	20

Die Wahl wurde von allen angenommen.

2. Antrag werbefreie Uni (LSB)

- Einbringung: Leonard Hofmeister (vgl. Antragstext)
- Fragen:
 - Laura Niemann: Ab wann gilt etwas als nicht vornehmend gewinnorientiert? Inkludiert das auch die Campustüten und StudCoupon-Hefte, die auch Werbemittel enthalten?
Antwort: Grenze kann nicht genau spezifiziert werden, Grenze läuft dort, wo ausschließlich Gewinnerzielung als Zweck der Maßnahme zu sehen ist. Als Beispiel für dann unzulässige Werbung wurde Werbung von Fitnessstudios benannt.
 - Julian Vater: Wie soll entschieden werden, was verboten und was erlaubt sein soll?
Antwort: Caro Haar spezifiziert: V.a. Versicherungsmakler etc. vor der Mensa sollen verboten werden. STWNO hat klare Maßgaben, an wen für wie viel Geld der Platz vor der Mensa vergeben wird, teils wird auch Geld von studentische Gruppen verlangt.
 - Chiara: Wie weit soll die Reglementierung führen, man könnte auch argumentieren, dass der Verkauf von Produkten in Getränke- und Snackautomaten Werbung für bspw. Nestlé ist.
Antwort: Bezieht sich nicht darauf, könnte man aber so argumentieren.
 - Sabrina Thomas: Sabrina Thomas weist darauf hin, dass die UR in der Vergangenheit schon frei von Produkten und Werbung bestimmter Unternehmen war. Preise für "Platzmiete" in der Vergangenheit als angemessen betrachtet. Es gibt bereits frühere Konventsanträge, die bspw. MLP vom Campus verbannen sollte, konkretere Maßnahmen wie das Aufkündigen von Kooperationen mit bestimmten Unternehmen wäre sinnvoller.
 - **GO Antrag** auf Schließung der Redner*innenliste (Simon Heimerl) - Gegenrede → Abstimmung: 2 dagegen, 5 Enthaltungen, im Übrigen Zustimmung zum GO Antrag, damit ist der GO Antrag angenommen.
 - Tobias Lang: Konkrete Firmen vs. insgesamt Werbung?
Antwort: Carolin Haas → als generelles Statement gegen kommerzielle Werbung an der Uni zu sehen
Folgefrage: Konkrete Umsetzung?
Antwort: Können wir als Studierende nicht umsetzen, Beschluss soll an das STWNO als Meinungsäußerung gehen.
 - Caspar Heusinger: Soll der Antrag so abgestimmt werden oder nach der Diskussion in geänderter Form?
Antwort: Redeliste wurde geschlossen, also so abstimmen; Gegenrede → man kann auch mit geschlossener Redeliste einen Änderungsantrag einbringen
Wer soll sich um die Umsetzung kümmern? → Konventsvorsitz
 - Clemens Hochstädter: Gibt es einen konkreten Anlass für den Antrag?
Antwort: Nein, generelles Problem mit kommerzieller Werbung am Campus, bspw. O2-Banner bei der PT-Cafete und Werbung auf den digitalen Bildschirmen bei der Mensa.
 - Kristina Dengler: Es ist unbekannt, wo das Geld aus Werbeeinnahmen hinfließt, also können wir auch nicht einschätzen, welche Auswirkungen dieser Beschluss jetzt hätte.
Antwort: Management der Cafeten ist zweifelhaft und nicht sonderlich

effizient auf die Erzielung von Profiten ausgerichtet, Werbeeinnahmen könnten kompensiert werden.

- Simon Heimerl: STWNO ist in extremer finanzieller Notlage, als Körperschaft des öffentlichen Rechts soll das STWNO für die Studierenden Dienstleistungen wie die Bereitstellung von Wohnungen und Verpflegung bringen können. Negatives Signal Richtung STWNO, noch mehr finanzielle Mittel verhindern zu wollen.
- Boxi: Antrag zu wenig konkret, weniger Werbung als früher. Antrag so nicht zustimmungsfähig.
- Abstimmung über den Antrag: Zustimmung: 6; Enthaltung: 0; Rest stimmt dagegen. → damit ist der Antrag der LSB abgelehnt.

3. Antrag Brief Partneruni (Simon Heimerl)

- Verfahrensvorschlag: Einbringung Antrag - Einbringung Änderungsantrag - Abstimmung Änderungsantrag - Abstimmung Antrag. Keine Gegenrede, eine Enthaltung.
- Einbringung: Simon Heimerl (vgl. Antragstext)
- Anmerkung: Zwei Studierende unserer Partneruniversität sind wohl unter den Geiseln der Hamas
- Kondolenzschreiben soll keine Positionierung pro-Israel oder pro-Hamas darstellen, sondern Mitgefühl mit den direkt von Gewalt und Verlust Betroffenen ausdrücken
- a. Änderungsantrag des RCDS (vgl. Antragstext) → Simon Heimerl als Antragssteller lehnt diesen Text ab; extrem einseitige Perspektive pro-Israel; wenig Bezug zu den Studierenden, eher Statement zum Nahen Osten; Formulierungen zu reißerisch und damit unpassend; Ansprache als "Brüder und Schwestern" im historischen Kontext extrem unpassend.
- Aussprache zum Änderungsantrag
 - Lou Siemens: Schließt sich Simon an, nicht differenziert genug, zu wenig Bezug auf die Studierenden; der AstA ist der Sprecher*innenrat, nicht der Sprecherrat.
 - Caspar Heusinger: Man muss nicht so oft wie möglich Studenten statt Studierende schreiben, auch wenn man gendgerechte Sprache ablehnt.
 - Kiyan Kara: Lehnt Antrag strikt ab, Antrag vernachlässigt, dass Israel aktuell sogar vom internationalen Strafgerichtshof unter dem Verdacht des Genozids angeklagt ist. Text politisch motiviert, wir sollten und als Studierende der Menschlichkeit verpflichtet fühlen.
 - Boxi, Julian Vater → weiter
 - Sabrina Thomas: Betonung von hochschulpolitischem, nicht allgemeinpolitischem Auftrag
 - Abstimmung: 2 Enthaltungen, keine Ja-Stimme → Antrag abgelehnt
- Aussprache zum Antrag:
 - Benjamin Franz: Allgemein gut formuliert, aber Missverständnisse möglich; es sollte darüber nachgedacht werden, ob der Text tatsächlich über Instagram veröffentlicht werden sollte.
 - Laura Niemann: Instagram-Veröffentlichung sollte überdacht werden, da bei der flüchtigen Lektüre des Textes dieser durchaus als politisches Bekenntnis pro Israel gesehen werden könnte. Zudem: vier Monate sind

eine lange Zeit, wir können die Situation in Israel/Gaza, wie sie im Mai sein wird, nicht antizipieren.

- Kiyon Kara: Antrag ist relativ neutral formuliert, Kiyon sieht die Verbundenheit zur Partneruniversität; sollten uns neutral positionieren und so ein Text an die Studierenden einer israelischen Uni verletzt diese Neutralität, weil nur israelische Opfer angesprochen werden und nicht zivile palästinensische Opfer/humanitäre Notlage im Gazastreifen. Man sollte entweder den Text umformulieren unter Einschluss palästinensischer Opfer oder sich nicht äußern.
- Clemens: Frage, ob man für Änderungen, insbesondere hinsichtlich Vorverlegung und Formulierungen, offen wäre.
Antwort: Ja, Offenheit, es wurde lediglich nicht damit gerechnet, dass im Januar noch eine Konventssitzung sein würde.
Instagram-Veröffentlichung wird verteidigt, AStA sollte sich gegen negative Kommentare zu wehren wissen, Instagram bietet sich an. Politische Positionierung durch Kondolenzbekundungen wird nicht gesehen. Keine Offenheit für Änderungsanträge bzgl. palästinensischer Opfer.
- Julian Vater: Fände es schade, wenn wir uns als Partneruniversität nicht positionieren würden. Sieht keine politische Positionierung. Ergänzungen würden nicht gelesen werden.
- Carolin Haas: Möchte Änderungsantrag einbringen bzgl. Instagram-Veröffentlichung; Datum zu weit weg; Beileidsbekundung bedarf keines besonderen Anlasses. Einseitige Beileidsbekundung gerade öffentlich über Instagram sei nicht akzeptabel. → Simon Heimerl übernimmt Änderungsantrag bzgl. Datumsänderung als Antragsteller.
Diskussion Änderungsantrag (Nicht Hochladen des Briefftextes auf dem Instagramaccount des AStAs):
 - Sabrina Thomas: Intention sollte sein sich an die Studierenden zu wenden und nicht sich öffentlich zu positionieren.
 - Saina: Fände es sehr schade, wenn keine Veröffentlichung stattfinden würde. Wäre wie eine Verheimlichung. Sieht die Veröffentlichung als Akt der Menschlichkeit
 - Clemens: Kann Reichweite von Instagram nicht einschätzen, fände es komisch, die Beileidsbekundung nicht zu veröffentlichen.
 - Louis Wichmann: sieht beide Argumente, allerdings können Inhalte objektiv neutral formuliert sein, trotzdem können solche Statements anders wahrgenommen werden. Reines Überbringen von Beileidsbekundungen könnte für den eigentlichen Zweck des Schreibens ausreichen.
 - Leonard Hofmeister: Schließt sich an, dass ein Kondolenzbrief der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen sei.
 - Felix: Nicht-Posten kann keinen Schaden anrichten, Posten in nicht absolut unkritischer Formulierung kann für uns durchaus Probleme bringen.
 - Caro: Entweder politisches Statement → dann Instagram, oder es geht nur um die Menschen, dann muss das nicht veröffentlicht werden.
 - GO Antrag auf Schließung der Redner*inneliste: 17 Stimmen dafür, eine Enthaltung → GO Antrag damit angenommen.
 - Laura Niemann: Wir können diesen Brief abschicken und eine komplett

neutrale Formulierung posten.

- Benjamin Franz: Wir haben uns nicht zu den Toten beim Amoklauf an der Universität in Prag öffentlich positioniert, wir sollten uns entweder zu allem oder nichts, was Studierenden unserer Partneruniversitäten zustößt, öffentlich äußern.

- Saina: Betont besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israels.

- Caspar: Gegen Posten, weil der AStA dafür direkt geradestehen müsse.

- Clemens: möchte AStA natürlich in nichts "hineinreiten"; sieht es so, dass unser Post sich auch thematisch nur auf Studierende unserer Partneruniversität konkret, die wir halt nur in Israel haben, beziehen kann, wodurch wir keine "Seite" wählen würden

- Abstimmung Änderungsantrag: 19 Stimmen dafür, 10 dagegen, 3 Enthaltungen → Änderungsantrag, den Brief nicht auf Instagram zu veröffentlichen, ist damit angenommen.

- Caspar Heusinger: Sollte nicht vom AStA, sondern vom Studentischen Konvent verschickt werden → wird vom Antragsteller übernommen.
- Tim Oberding: Sind ein hochschulpolitisches Gremium und schreiben keinen "Liebesbrief an Netanjahu", sieht es nicht als problematisch an, wenn wir eine Beileidsbekundung an unserer Partneruni schicken, das negiert nicht die zivilen Opfer und die Teilschuld beider Seiten.
- Madeleine Schneider: Schließt sich Tim an, findet es menschlich, Mitgefühl auszusprechen. Findet es trotzdem gut, dass der Antrag sehr neutral formuliert ist, weil man nur so den Großteil der Studierendenschaft der UR vertreten kann.
- Felix: Frage, ob über diesen Antrag mit Prof. Korber gesprochen wurde. Antwort: Nein, es wurde sich nur über die Lage an der Partneruniversität informiert.
- Leonard Hofmeister: Brief geht an die Partneruni, keine politische Positionierung
- Clemens Hochstädter: /
- Saina: /
- GO Antrag auf Schließung der Rednerliste (Simon Heimerl) angenommen.
- Clemens Hochstädter: Änderungsantrag: Einfügen von "[...] entführt oder durch den Konflikt traumatisierten" → Antrag wurde zurückgenommen
- Änderungsantrag Sabrina Thomas: Streichung von "durch die Entführung" und ersetzen von "oder" durch "und". → Angenommen durch Simon Heimerl
- Antrag in geänderter Fassung mit 29 Stimmen und bei 3 Enthaltungen **angenommen.**

4. Antrag Wohnung binationale Studiengänge (Jusos)

- Einbringung: Simon Heimerl (vgl. Antragstext)
- Fragen aus dem Plenum:
 - Julian Vater: Formulierungsfragen zu "negatives Bild von Deutschland" und "deutsche Aggression" → worauf bezieht sich das?
Antwort: bezieht sich konkret auf Polen, die den "Weltkrieg nicht vergessen haben" und man fände es schade diese Vorbehalte zu vertiefen, indem man sich als schlechter Gastgeber gibt.

- Diskussion:
 - Julian Vater: Frage, ob historischer Bezug zu Vergehen Deutschlands gegenüber anderer Länder in der Vergangenheit in diesem Antrag auftauchen muss.
Antwort: Um weitere Probleme zu verhindern, soll der Begründungstext komplett gestrichen werden. Diente als Diskussionsgrundlage.
 - Frage: Deutsch-spanischer Studiengang nicht dabei? → dieser wird aufgelöst
 - Abstimmung: Antrag bei 4 Enthaltungen angenommen.

5. Antrag AI an der Uni (Jusos, Fachschaft Informatik, Studentischer Referent für Digitalisierung)

- Einbringung: Simon Heimerl (vgl. Antragstext)
- Fragen aus dem Plenum:
 - Sabrina Thomas: Nachfrage zur Existenz eines "KI-Zertifikats" (Anhang/Wortmeldung: wäre ja sinnvoll so etwas über Universität hinweg einheitlich zu handhaben)
Antwort Boxi: Es gibt nichts einheitliches. Die Problematik dabei ist, dass sich die Thematik ständig verändert. Wichtig ist es, Kompetenzen beizubringen, damit umzugehen, also die Uni eine Art Hilfestellung anbieten.
 - Sabrina Thomas: Gibt es bereits Absprachen mit der Fakultät für Informatik und Data Science?
Antwort Boxi: Angebote für Bedienstete gibt es bereits, jedoch nichts direkt für die Studierenden. Es kann keine Auskunft darüber gegeben werden, ob das bereits abgesprochen wurde.
- Diskussion/Redner*innenliste:
 - Kiyon Kara: Gab und gibt bereits im Senat Gespräche über das Thema KI und auch die rechtlichen Probleme. Eine Debatte läuft dabei aktuell. Der Antrag wäre als Unterstützung gut geeignet und zeige, dass es nicht nur von den studentischen Senatoren zum Thema gemacht werde.
 - Laura: Stimmt zu, dass man an KI nicht mehr vorbeikommt. Spricht sich jedoch stark gegen den Antrag in dieser Form aus. Thema Open Book Klausur: Wissen, das bereits da ist, wird durch KI nur umformuliert. Wenn Studierende KI verwenden können, ist die Grundkompetenz, die wir als Studierende haben sollten, nicht vorhanden und geht verloren. Ziel sollte sein in den studentischen Kreisen, dass sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Durch solch eine Nutzung von KI im akademischen Kontext gehen wichtige Eigenleistungen verloren und das kreative Denken würde obsolet.
Simon: Das sei ein super Argument für den Antrag. Wissen ist ja nicht, Quellen geschickt zusammenzufassen, sondern das Erlernen wesentlicher Kompetenzen, um saubere Arbeiten zu verfassen und eigene Gedanken fassen zu können. Langfristige Rechtssicherheit ist das Ziel.
 - Laura: Studium besteht daraus zu lernen, wie man richtig denkt und seine Gedanken zu Themen, die bereits lange existieren, zu formulieren.
 - Simon: Der Punkt hier muss sein, dass künftig Fragestellungen gestellt werden müssen, die mit der Existenz von KI umgehen können und nicht durch reine Anwendung von KI gelöst werden können.
 - GO Antrag auf Schließung der Redeliste von Kyan (angenommen)

- Clemens: Wenn das Ziel des Studiums ist, wissenschaftlich arbeiten und denken zu können, muss die Information und Texte der KI sowieso geprüft werden. Jedoch ginge KI als Hilfsmittel jederzeit zu weit.
- Benjamin Franz: Bisschen eine Scheindebatte. Heute geht es noch nicht, mit KI Hausarbeiten zu schreiben. KI kann verwendet werden, um Ideen dafür zu finden. Der soziale Aspekt von KI muss außerdem betrachtet werden. Universität muss sicherstellen, dass jede:r an der Universität die gleichen Programme verwenden kann.
- Tobias Lang: Man würde sich der Realität verschließen, wenn man sagt, niemand würde und könne KI Modelle nutzen.
- Barnabas: Ethischer Aspekt und wie man richtig zitiert, könnte dann noch ergänzt werden im Antrag.
- Felix: "Wenn ich nicht gehen kann, kann ich nicht laufen": Haus- und Seminararbeiten als wichtiger Grundstein, bei dem es den Studierenden nicht zu leicht gemacht werden sollte, um bei Abschlussarbeiten kein "böses Erwachen" den Studierenden zuzumuten.
- Antwort Boxi: Antwort auf alles, was bis jetzt so gesagt wurde. Stimmt zu, dass man akademisch auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werde. Sich der KI zu verschließen wäre hinsichtlich dessen fahrlässig, da KI eben nicht wegzudenken ist. KI ist ein nützliches Tool, um bei Hausarbeiten Hilfestellung zu bieten. Durch den Fakt, dass es dazu kommen könnte, dass man mit KI Hausarbeiten formulieren kann, ist der umstrittene erste Punkt im Antrag wichtig.
- **Änderungsantrag Clemens Hochstädter: Streichung von Punkt (1)**
- Antwort Boxi: Wenn man Punkt (1) streicht, könne man den ganzen Antrag streichen.
- GO Antrag die Redeliste zu schließen von Julian: 21 dafür
- Laura Niemann: Viele der genannten Argumente wären auf Ghostwriter ebenso anwendbar
- Abstimmung Änderungsantrag 19 dagegen, 5 Enthaltungen → abgelehnt
- Abstimmung Annahme Antrag: 19 dafür, 5 dagegen, 7 Enthaltungen → angenommen

GO Antrag (Simon Heimerl): Redezeitbeschränkung auf 2 Minuten

Gegenrede: Es gebe Themen, die mehr Redezeit bedürfen.

GO Antrag mit 21 Stimmen, einer Gegenstimme und 3 Enthaltungen angenommen.

6. Antrag "Stadtbahn" (Antragsstellende: Jusos)

- Einbringung: Simon Heimerl (vgl. Antragstext + Änderungsantrag)
- Änderungsantrag wird angenommen
- Diskussion/Redner:innenliste:
 - Sabrina Thomas: Wollte den Punkt anbringen, warum Stadtbahn nicht durch Unterführung durch kann, da dort die Anlieferung für die Universität ist.
 - Annika Wintersberger: Guter Austausch bereits mit OTH und auch ein Treffen mit der Bürgermeisterin bezüglich der Stadtbahn angedacht.
 - Frage zu Änderungen durch den Änderungsantrag: primär zu viele Gründe im alten Antrag, die zu einem Scheitern führen würden
- Abstimmung: bei einer Gegenstimme und keinen Enthaltungen ist der Antrag angenommen

7. Antrag "Unterzeichnung des Offenen Briefs" (Antragsstellende: GHG)

- Einbringung: Kiyana Kara (vgl. Antragstext)

- Redebeiträge:
 - Simon Heimerl: "Ich lasse mir als Oberpfälzer nicht von einem Franken sagen, wie ich zu reden habe." Im Übrigen sei ein solches "Genderverbot", das schon gar nicht in eine Regierungserklärung gehöre, dem akademischen nicht würdig.
 - Caro Haas: Findet den offenen Brief nicht gut formuliert und hat Fragen dazu, von wem dieser kommt. Und hat der Brief Wirkung? Oder gibt das in eine negative Richtung Aufmerksamkeit?
 - Antwort Madeleine: Gibt Recht, dass der Brief nicht optimal formuliert ist. Der Brief ist aber sehr stark unterstützt und auch von Institutionen, wird ihm also positive Aufmerksamkeit geben.
 - Benjamin Franz: Stimmt den Antrag voll zu.
 - Julian: Der Brief ist einseitig formuliert und argumentiert. Würde dem Antrag nicht zustimmen, denn dieser Brief eröffnet einen falschen Zugang. Findet das Anliegen wichtig, aber hat Probleme
 - Casper: AStA hat den offenen Brief bereits unterzeichnet.
 - Caro Haas: Wenn dieser Brief durch Medien gehen würde, ist das kein Brief von Leuten, die sich für Redefreiheit einsetzen, sondern Leute, die Verpflichteten wollen, dass man gendert. Ist bei der Thematik dabei, findet nur, dass im Brief der falsche Fokus gesetzt wurde.:
 - GO Antrag zur Schließung der Redeliste; keine Gegenrede → angenommen
 - Sabrina: Hat den offenen Brief so gelesen, wie der Antrag es unterstützen würde, also dass jede:r die Wahl hat, ob sie gendern oder nicht. Jede:r sollte in seiner Entscheidung im Ergebnis frei sein.
 - Chiara: Es ist immer noch eine Privatsache, ob man gendert oder nicht. Wissenschaftsministerium hat uns nicht vorzuschreiben, wie man zu reden hat. Es sollten sich alle angesprochen fühlen, vor allem im universitären Kontext.
 - Laura: Bezug auf Art. 3 III GG zu Verstehen als "Schutzrecht" gegen den Staat
 - Abstimmung: mit 5 Gegenstimmen, keinen Enthaltungen und ansonsten Zustimmung angenommen

8. Antrag "bis Mitternacht studieren" (Antragsstellende: Jusos)

- Einbringung Simon Heimerl (vgl. Antragstext)
- Fragen vom Plenum:
 - Chiara Dobmeier: Wurde das mit der Finanzierung schon geklärt?
 - Antwort Simon Heimerl: Bisher keine Sitzung des Bib-Ausschusses, deshalb dazu keine Abklärung mit den Verantwortlichen bisher.
 - Annika: Sitzt in diesem Ausschuss bei Jura als studentische Vertretung, hat die Kürzung der Öffnungszeiten also mit beschlossen. Aufgrund der weitreichenden Bedeutung diverser juristischer Datenbanken, sei die Kürzung der Öffnungszeiten als Alternative notwendig gewesen. Die Finanzierung müsse ganz klar geklärt werden, insbesondere wer bzw. welche Fakultäten die Kosten zu tragen hat.
 - Sabrina Thomas: In der Sitzung vom ZSZK wurde das ebenfalls schon angesprochen. Insbesondere wurde der Behauptung, die längere Öffnungszeit würde kaum genutzt, zugestimmt.
 - GO Antrag auf Schließung der Redeliste; keine Gegenrede

- Laura: Es gibt zur Zeit Alternativen mit der OTH Bib, die bis 24 Uhr geöffnet ist. Außerdem komme es aktuell lediglich auf eine Stunde am Abend an (Öffnungszeiten bis 23 Uhr bereits aktuell).
- Tobi: Info aus Bibausschuss. Man ist sich der Problematik bewusst, jedoch ist die Finanzierung in allen Teilbibliotheken schlecht und fehlende Gelder sind das große Problem.
- Madeleine: Einblicke aus der ZSZK Sitzung. Längere Öffnungszeiten führen zu erheblichen Kosten im schmalen Budget.
- Caro H.: Würde davon abraten, die Zentralbibliothek auszuwählen, aus mehreren Gründen wie fehlende Steckdosen und größere Entfernung zur Bushaltestelle.
- Abstimmung: eine Gegenstimme, 12 Enthaltungen, ansonsten Zustimmung → Antrag ist angenommen

V. Berichte

1. AStA-Bericht

- Thematisierten Raumbuchung für politische Gruppen, da bisher nicht klar geregelt.
- Neujahrsempfang beim Präsident: Beschwerde über keine vegane Option, war sonst ok
- In Lautlicht wird es eine AStA Kolumne geben
- Strukturkommission sollte vom AStA bestimmt werden, drei Leute wurden rein gewählt
- Bafög: Kummerkasten wird aufgemacht; wird jedenfalls demnächst Online kommen
- Connecta akkreditiert
- Antrag Stadtbahn im AStA Thema, weil OTH sich dazu
- BayStuRa: Wahl von Sprecher*innen

2. Senatsbericht

- wurde berichtet (wird nicht protokolliert)

VI. Sonstiges

- Abstimmung über Vernichtung der Stimmzettel: wurde bei einer Enthaltung zugestimmt.
- Konvent auf Facebook (Antrag zu dem Thema bei der nächsten Sitzung)
 - GO Antrag das Thema auf die nächste Sitzung zu vertagen.
- Website ist jetzt aktuell
- Sabrina Thomas: Wahl im Sommersemester kommt näher, deshalb solle man bereits jetzt auf Leute zugehen hinsichtlich etwaiger Ämter.